

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Bruno Rossmann; Christiane Brunner, Freundinnen und Freunde

betreffend Umsetzung der vom Umweltminister angekündigten Ökologisierung des Steuersystems

eingebraucht im Zuge der Debatte Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1260 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2017 (Bundesfinanzgesetz 2017 - BFG 2017) samt Anlagen (1338 d.B.) – UG 40

BEGRÜNDUNG

Umweltminister Rupprechter hat bereits mehrmals öffentlich eine Ökologisierung des Steuersystems angekündigt, an deren Umsetzung der Finanzminister bereits arbeite.

„Rupprechter ist für eine Ökologisierung des Steuersystems, an der auch Finanzminister Hans-Jörg Schelling (ÖVP) bereits arbeiten soll. Teil seines Plan zur Ökologisierung sei auch, dass die Besteuerung von Diesel angepasst werde, so Rupprechter auf Nachfrage. Der aktuelle Zustand sei „kein Dauerzustand“. Auch bei Ölheizungen seien Verbote möglich, wie es etwa in Niederösterreich bereits umgesetzt wurde. In diese Richtung müsse man arbeiten.“

(orf.at, 21.11.2016)

Diese Maßnahmen sind ein richtiger Schritt, denn eine ökosoziale Steuerreform ist unbedingt notwendig, um die verbindlichen Ziele des Weltklimaabkommens von Paris zur Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen und um die zu hohen Abgaben auf den Faktor Arbeit zu senken.

Umweltminister Rupprechter möchte bereits Mitte Dezember 2016 einen eigenen Klimaplan vorlegen. Ein Ziel ist dabei, dass Österreich nicht mehr von fossilen Energieträgern abhängig ist. Fossile Energieträger sollen nicht mehr staatlich subventioniert werden.

„Natürlich müssen wir raus aus den Fossilen, das ist überhaupt keine Frage, vor allem auch aus der fossilen Abhängigkeit. Wir können ja die Energie selber produzieren in Österreich und müssen sie nicht importieren. Dafür braucht es aber langfristige Weichenstellungen. Es darf natürlich auch in Zukunft keine Subventionen für fossile Energieträger mehr geben. Das ist überhaupt keine Frage. Wir müssen noch stärker in die Erneuerbaren. Dafür brauchen wir eine Ökologisierung des Steuersystems. Der Finanzminister hat im Budgetausschuss letzte Woche auch gesagt, dass daran gearbeitet wird.“

(Umweltminister Rupprechter Ö1 Morgenjournal, 23.11.2016)

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, dem Nationalrat bis Ende März 2017 einen Gesetzesvorschlag für eine aufkommensneutrale ökosoziale Steuerreform, wie vom Umweltminister angekündigt, vorzulegen.



